



Freunde und Helfer sind auch dabei am 29. März in Hannover
FOTO: SCHÖNBERGER

Schuftten bis der Arzt kommt

Die Arbeitgeber provozieren. Ihr Forderungskatalog für die Uni-Kliniken: 12-Stunden-Schichten, 120 Stunden in zwei Wochen, Gehaltsabsenkungen. Freundliches Entgegenkommen für die Ärzte. Der Streik geht in die neunte Woche

Die Arbeitgeber lassen die Maske fallen. In einem Gespräch mit den Gewerkschaften in der Arbeitsgruppe „Universitätskliniken“ haben sie ihre Vorstellungen auf den Tisch gelegt. Danach begnügen sie sich nicht mit ihrer allgemeinen Forderung nach Arbeitszeitverlängerung und Wegfall des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für alle Landesbeschäftigten. Im Bereich der Universitätskliniken, Landeskrankenhäuser und Zentren für Psychiatrie legen sie noch eine Schippe drauf.

So sollen die Beschäftigten in den Uni-Kliniken nach ihrer Meinung in Zukunft arbeiten:

■ Über die Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 42 Stunden hinaus soll eine „individuelle“ Arbeitszeit von bis zu 48 Stunden eingeführt werden. Dafür soll es dann einen „Teillohnausgleich“ geben.

■ Für eine Erhöhung der Arbeitszeit mit Bereitschaftsdienst über 48 Wochenstunden hinaus ist in dem neuen, bisher nur für Kommunen und Bund geltenden Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) die Zustimmung des Betriebsrats/Personalrats nötig. Das soll in Zukunft entfallen. **Die Arbeitgeber wollen einen Freibrief** bei der Gestaltung der Arbeitszeit. Sie wollen ein Gesetz, die betriebliche Mitbestimmung, durch einen Tarifvertrag ausschalten.

■ Überstunden sollen erst nach Ablauf einer Ausgleichsfrist von einem Jahr anfallen. Das bedeutet – erst recht bei einer 48-Stunden-Woche – de facto: **Der Überstundenzuschlag entfällt.**

■ Abweichend von den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes (tägliche Höchstarbeitszeit 10 Stunden) soll die **tägliche Arbeitszeit im Schichtdienst bis auf 12 Stunden** auch an Wochentagen ausgedehnt werden.

■ Folglich sollen **12-Stunden-Schichten nicht nur am Wochenende erlaubt sein, sondern über mehrere Wochen!** Dabei sollen 120 Stunden in zwei unmittelbar aufeinander fol-

genden Wochen nicht überschritten werden – das wollen die Arbeitgeber als „Arbeitsschutzmaßnahme“ verkaufen.

■ Die „Spreizung“ der Tarifniveaus im Bereich der Pflegekräfte soll erhöht werden. Wodurch? Durch die tarifliche Absenkung der so genannten „Grundtätigkeiten“ in der Krankenpflege. Mit anderen Worten: **Krankenpflege soll schlechter bezahlt werden.**

Das sind nur die schlimmsten Auswüchse. Die TdL behauptet, die Übernahme der Universitätskliniken in den Geltungsbereich des für Bund und Gemeinden geltenden TVöD sei teurer als in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Besonders bei den Pflegekräften entstünden zusätzliche Kosten. Deshalb müssten die Gewerkschaften der TdL „in ausgleichender Weise entgegenkommen“. Die Beschäftigten – vor allem die Pflegekräfte – sollen also ein Sonderopfer bringen. Wie das aussieht? Siehe oben.

Wohlfühlen für die Ärzte

Der Marburger Bund fordert für die Ärztinnen und Ärzte 30 Prozent höhere Einkommen. Eine absurde Forderung aus Sicht der TdL, sollte man meinen, wenn man das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber allen übrigen Beschäftigten der Kliniken bedenkt. Aber weit gefehlt. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat dem Marburger Bund Einkommenssteigerungen von bis zu 45 Prozent in Aussicht gestellt. Die individuell auszuhandelnde Heraufsetzung der Arbeitszeit von 42 auf 48 Stunden soll nicht – wie beim Pflegepersonal – mit Teillohnausgleich, sondern mit vollem Lohnausgleich (plus 14,3 Prozent) vergütet werden. Außerdem soll es eine „Leistungszulage“ (10 Prozent) und eine „regionale Zulage“ (bis zu 20 Prozent) geben, die bei höheren Lebenshaltungskosten oder als Anreiz in Regionen mit Ärztenknappheit gezahlt werden soll. Woher wollen die Länder das Geld für diese Großzügigkeit nehmen? Die provozierende Missachtung gegenüber dem nichtärztlichen Klinikpersonal lässt nur einen Schluss zu: Für die Ärzte hui,

für alle anderen Beschäftigten pfui!
Deswegen: Der Streik geht weiter. Wir lassen uns das nicht gefallen.

BEIM LÄNGSTEN ARBEITSKAMPF IM ÖFFENTLICHEN DIENST KOMMT ES AUF DIE AUSDAUER DER STREIKENDEN AN

Ein Lob der Hartnäckigkeit

Noch nie in der Nachkriegsgeschichte hat es einen Streik im öffentlichen Dienst gegeben, der so erbittert, so ausdauernd ausgetragen wurde wie dieser. Neun Wochen haben viele Kolleginnen und Kollegen nun schon vor den Toren gestanden, haben auf einen Teil ihres Einkommens verzichtet, haben Hektik, Stress und Anfeindungen durch die Arbeitgeber in Kauf genommen, um den Angriff auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen abzuwehren. Sie haben dem Druck der veröffentlichten Meinung standgehalten, haben sich unzählige Male mit der 18-Minuten-Lüge der Arbeitgeber auseinandergesetzt, haben wieder und wieder auf ihre Erfahrung verwiesen, dass jede Arbeitszeitverlängerung eins zu eins in Stellenstreichungen umgesetzt wird.

Noch einmal: Die Streikenden kämpfen natürlich auch für ihre eigenen Interessen, kämpfen nach all den verschärften Belastungen der letzten Jahre dagegen, dass sie nun für weniger Geld noch länger (bis zu 42 Stunden in der Woche) arbeiten sollen. Sie kämpfen dafür, unter menschenwürdigen Bedingungen gute Arbeit leisten zu können.

■ **Aber sie kämpfen auch für ihre befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die als erste bei Arbeitszeitverlängerung auf die Straße gesetzt werden.**

■ **Sie kämpfen für die Jugendlichen, die sich bei zusammengestrichenen Stellenplänen keine Hoffnung auf Ausbildungsplatz oder Übernahme machen können.**

■ **Sie kämpfen auch für die Beschäftigten der anderen Branchen, denn die Arbeitgeber wollen im öffentlichen Dienst durchsetzen, was in allen anderen Branchen folgen soll.**

Seit neun Wochen halten die Streikenden durch – nicht immer dieselben, aber der Druck auf die Arbeitgeber bleibt hoch. Die Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Hartmut Möllring (CDU) für die Länder, Gerhard Widder (SPD) für die Kommunen in Baden-Württemberg, glauben offenbar, die Gewerkschaften aushungern und die Streikenden zermürben zu können. Aber diese Rechnung geht nicht auf. Noch in der letzten Woche, am 29. März, haben 12 000 Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland auf einer Kundgebung in Hannover bewiesen, dass sie durchhalten, dass sie einen langen Atem haben.

Das fängt an sich auszuzahlen. Wir wissen, dass es unter den Arbeitgebern der Bundesländer unterschiedliche Positionen gibt. Nicht alle wollen ein Diktat statt einem Kompromiss. Hamburg und Niedersachsen haben auf der kommunalen Ebene bereits Kompromissen zugestimmt. Niemand weiß, wie lange der Arbeitskampf weitergeführt werden muss. Aber eines ist jetzt schon klar. Ausdauer lohnt sich.

MARTIN KEMPE



Die Streikenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft halten der veröffentlichten Meinung stand
FOTO: DAVID HECKER / DDP

EDITH EBERHARD arbeitet im Zentrum für Psychiatrie in Reichenau in der Sporttherapie

Ich denke, dass noch genügend Gelder in den öffentlichen Kassen sind, sie sind nur nicht richtig umverteilt. Die Reichen nehmen sich immer mehr, die Armen müssen immer mehr schuften. Deshalb streike ich, weil das der Weg ist, wie ich überhaupt etwas ändern kann.



CHRISTINA PAPADOMANOLAKI ist Griechin, verheiratet, hat 3 Kinder und ist bereits seit 20 Jahren in der Zentralküche des Uniklinikums Düsseldorf als Küchenhilfskraft beschäftigt

Neben unseren deutschen Kolleginnen und Kollegen arbeiten überwiegend wir Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Nationalitäten in der Küche. Dies gilt auch für viele andere Arbeitsbereiche in unserer Klinik wie in der Wäscherei, der Zentralsterilisation, dem Transportdienst, dem Hauswirtschaftsdienst, den Pforten und der Postelle. Wir Arbeiterinnen und Arbeiter zählen nicht gerade zu den Besserverdienenden. Ich verdiene mit Wochenendzuschlägen ungefähr 1200,- € Netto im Monat. Ich finde es notwendig und wichtig, dass wir für den Erhalt unserer Rechte eintreten. Ich glaube, dass wir über alle Berufsgruppen hinweg für unsere berechtigten



Forderungen eintreten müssen, weil wir nur so sicherstellen können, mit einer einigermaßen menschenwürdigen Vergütung und halbwegs familienfreundlichen Arbeitszeiten den Lebensunterhalt unserer Familien zu verdienen. Denn unsere einzige Zukunftsvorsorge ist ein hoffentlich sicherer Arbeitsplatz

im öffentl
nur über
rifvertrag
Ich befür
Sicherheit
dem Arbeit
lich sein
ze durch
gründung
Ich habe
sene Bert
meinem
auch keir
finden, zi
nen von
um stehe
ginnen u
über alle
Seite an
unsere be
gen. Gan
finde ich,
Wochen,
ne richtig
schaft ge
weder vo
noch von
hungen c
der veran
abhalten
ken. Wir

Uns geht die Luft noch lange nicht aus

GEW-Lehrerinnen und Lehrer

Die GEW hat sich in diesen acht Wochen deutlicher sichtbar und in zunehmend mehr Landesverbänden an den Streiks beteiligt. Die Kolleginnen und Kollegen, die oft zum ersten Mal in ihrem Leben gestreikt haben, haben viel Zustimmung, aber auch viele Anfeindungen erfahren. Gerade bei Pädagoginnen und Pädagogen wird oft der berufliche Anspruch gegen die berechtigten Arbeitnehmerinteressen ausgespielt. Denn die Leidtragenden sind Kinder und Jugendliche, die auf eine gute Betreuung, Erziehung und Ausbildung angewiesen sind. Politiker, die seit Jahren die Lebens-, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen mit Füßen treten haben, haben allerdings überhaupt kein Recht, moralische Appelle an das pädagogische Verantwortungsgefühl der Streikenden zu richten. Die dauernde Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen geht schließlich auch zu Lasten der Kinder und Jugendlichen!



Rüdiger Seidenspinner, Schutzpolizeibeamter aus Baden-Württemberg

Die Streik
Beschäfti
Dienstes
nachlasse

erlebt, wie sich die Politik über offensichtliche Missstände Ignoranz soziale Leistungen streicht und Arbeitszeiten nar verlängert. Daher wünsche ich den Streikenden Kraft, ihre Der Streik muss weitergehen, damit die Arbeitgeber erker Beschäftigten und den Gewerkschaften lassen sich konstr dauerhaft vereinbaren.



ZAHRA RAKIB ist 50 Jahre alt, verheiratet, hat 5 Kinder, 5 Enkelkinder und ist seit 17 Jahren als Laborhilfskraft im Institut für Hygiene am Universitätsklinikum Düsseldorf beschäftigt

Wir beim Universitätsklinikum haben seit über 5 Jahren keinen Tarifvertrag mehr. Die 38,5 Stunden-Woche will uns der Arbeitgeber auch noch wegnehmen. Unser Arbeitgeber hat 500 Kolleginnen und Kollegen, die nach 2004 eingestellt wurden, die 41 Stunden-Woche aufgezwungen, zahlt Ihnen kein Urlaubsgeld und nur ein gekürztes Weihnachtsgeld. Das finde ich nicht richtig. Deshalb stehe ich heute auch im Streik, um zu verhindern, dass uns das auch passiert. Ich wünsche mir, dass alle Beschäftigten die besseren Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen behalten. Ich hoffe, dass wir bisher weiter gemeinsam streiken, bis alle Kolleginnen und Kol-

legen, die in unserem Krankenhaus arbeiten, auch die gleichen Rechte und Arbeitsbedingungen bekommen.

Wir befinden uns jetzt in der 9. Streikwoche und jeden Tag sehe ich neue Gesichter, die sich unserem Streik anschließen. Die Stimmung in unserem Streikzeit ist ausgesprochen gut und ich bin fest entschlossen, bis zum erfolgreichen Abschluss eines Tarifvertrages weiter zu streiken, und ich denke, so geht es uns allen.



STEFANIE AUWÄRTER, Kita-Gruppenleiterin in Kita Kneippweg 8

Voraussichtlich streiken wir in der nächsten Zeit ein Tag pro Woche, möglicherweise zum Sommer, wenn es sein muss auch bis zum He

im öffentlichen Dienst, den wir nur über den Abschluss eines Tarifvertrages erreichen können. Ich befürchte, dass es ohne die Sicherheit eines Tarifvertrages dem Arbeitgeber leichter möglich sein wird, unsere Arbeitsplätze durch Privatisierung und Ausgründung wegzurationalisieren. Ich habe leider keine abgeschlossene Berufsausbildung und in meinem Alter werde ich so leicht auch keinen neuen Arbeitsplatz finden, zumal es bereits Millionen von Arbeitslosen gibt. Darum stehe ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag über alle Berufsgruppen hinweg Seite an Seite und kämpfe für unsere berechtigten Forderungen. Ganz toll an unserem Streik finde ich, dass wir in den vielen Wochen, die er nun andauert, eine richtig verschworene Gemeinschaft geworden sind, die sich weder vom schlechten Wetter noch von unterschwelligen Drohungen des Arbeitgebers und der verantwortlichen Politiker abhalten lassen, weiter zu streiken. Wir halten zusammen!

wir nur niger- und tszeiten n zu unftsvor- eitsplatz



Von der Intensivstation zur Kundgebung

FOTO: KAY WINKLER

DEMONSTRATION IN HANNOVER

Balsam für die Streikenden

12 000 Menschen demonstrieren für die Zukunft der Kinder, ihre Arbeitsplätze und die Arbeitsplatzsicherheit von morgen

„Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unsere Streikfront nicht!“ Die Band *Lucky Streik* heizt mit dem abgewandelten Schlager den 12 000 Demonstranten vor der Oper in Hannover kräftig ein. Und das ist nötig. Es regnet in Strömen und ist ausgesprochen kühl. Die meisten Demonstranten haben eine lange Fahrt hinter sich, sind früh morgens in Konstanz, Homburg, Bonn oder Kiel gestartet. „Möllring – wir kommen!“ lautet eine Parole. Sie steht für den Protest gegen die Blockade-Haltung des niedersächsischen Finanzministers im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes.

ver.di und die dbb tarifunion haben zum 29. März zur Großkundgebung aufgerufen. Für den Erhalt von Arbeitsplätzen und gegen Arbeitsplatzverlängerung. Der Unmut über immer mehr Arbeitsdruck und der Zorn über die Zumutungen der öffentlichen Arbeitgeber entladen sich mit einem Pfeifkonzert auf dem Opernplatz. Und mit deftigen Parolen. Von Möllrings „Gehaltsklau“ ist die Rede.

Unübersehbar ist der Beruf der Demonstranten. Die meisten kommen aus Kliniken, tragen Berufskleidung. Aus Niedersachsen kamen Ältere in ehrwürdiger

Schwestertracht mit Häubchen. Nereben ihnen ganz in Grün, die Kolleginnen und Kollegen aus den Intensivstationen mit Mundschutz. Ein paar Schritt

STELLENABBAU

Die Befristeten trifft es zuerst

Es geht in der Auseinandersetzung auf der Länder- und Kommunalebene wie gern behauptet nicht um ein paar mehr Minuten mehr geleistete Arbeit. Tatsächlich geht's um Stellenabbau durch die Hintertür. Arbeiten die Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ab morgen täglich 18 Minuten mehr, können die öffentlichen Arbeitgeber ab übermorgen auf etwa eine Viertelmillion ihrer Angestellten verzichten. Und zuerst treffen wird es dabei die Beschäftigten mit einer Befristung in ihrem Arbeitsvertrag.

Allein unter den etwa 160 000 Beschäftigten an den Universitätskliniken wären davon 30 bis 40 Prozent betroffen. So haben unter den 2 692 Beschäftigten der Medizinischen Hochschule Hannover 1 328 einen befristeten Vertrag. Am Uniklinikum Würzburg sind es 620 von 1 900 Stellen. Und: Diese Beschäftigten haben zum großen Teil schon längere Arbeitszeiten, so sie nach Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen eingestellt wurden. Sollten sie als erste ihre Stellen verlieren, nennt man das dann wohl die Ironie der Geschichte.

KLINIKUM DUISBURG

So geht's nicht Geschäftsleitung kündigt Vertrauensleuten fristlos

Die Geschäftsführung des Klinikums Duisburg hat fünf aktiven Vertrauensleuten fristlos gekündigt. Als Grund nennt die Klinikleitung das Engagement der Vertrauensleute für 35 Krankenpflegeschülerinnen anlässlich einer Protestaktion an der Klinik. Den Schülerinnen waren Maßregelungen angedroht worden, weil sie sich an einer ver.di-Kundgebung in Essen beteiligt hatten. ver.di-Landesbezirksleiterin Gabriele Schmidt sprach von einem „skandalösen Vorfall“ und sicherte den fünf Vertrauensleuten die Solidarität der gesamten Organisation zu. Das Klinikum Duisburg hat 1 200 Beschäftigte und ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Duisburg-Essen.

Der Versuch, den Konflikt politisch zu lösen, scheiterte. Geschäftsführer Reinhard Isenberg war zu keinem Einlenken bereit. In einem eineinhalbstündigen Gespräch zwischen Klinikleitung, ver.di und

te weiter ziehen die Streikenden des Statistischen Landesamtes in Düsseldorf auf den Platz. Und mit entschlossenen Gesichtsmienen Streikende der TU Braunschweig sowie der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg.

Gestreikt wird seit acht Wochen. Es geht nicht um 18 Minuten Mehrarbeit, macht ver.di-Chef Frank Bsirske in seiner Ansprache deutlich. Mit der Arbeitszeitverlängerung geht es um Arbeitsplätze – auch von morgen. „Es ist ein Streik auch für die Zukunft unserer Kinder“, sagt er. Und er spricht von den Arbeitsbedingungen der Streikenden: „Ich möchte Herrn Möllring einladen zu einer Woche Schichtdienst im Krankenhaus oder bei den Straßenmeistern, die bei Nacht und Kälte rausmüssen – für die Sicherheit auf den Straßen.“

Von Hannover geht ein Signal aus

Frank Stöhr, erster Vorsitzender der dbb tarifunion, hält den öffentlichen Arbeitgebern eine Politik nach Gutsherrenart vor. „Die Ministerpräsidenten der Länder wollen wohl den öffentlichen Dienst zur gewerkschaftsfreien Zone machen. Aber hier von Hannover geht ein Signal aus,

dass sie sich dabei verrechnet haben. Wir werden kämpfen, bis wir einen fairen Tarifvertrag haben“, kündigt er an.

Es sind nicht nur Streikende nach Hannover gekommen. „Wir sind mit den Streikenden solidarisch. Deshalb sind wir hier. Wir streiken nicht, weil wir seit kurzem einen anderen Rechtsträger der Klinik haben“, sagt Gabriele Welsch, Personalratsvorsitzende der Universitätsklinik Rostock. „Wir brauchen einen bundesweiten Tarifvertrag für die Unikliniken und zwar auf der Basis des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes.“ Ebenso solidarisch zeigt sich mit Transparent eine Gruppe Postlerinnen und Postler. Auch der ver.di-Bundesausschuss der Erwerbslosen demonstriert in Hannover.

Diese Solidarität ist Balsam für die Streikenden im öffentlichen Dienst. „Es kommt jetzt darauf an, durchzuhalten. Diese Kundgebung hat uns gestärkt“, zieht Ellen Paschke, ver.di-Bundesvorstandsmitglied für den Gesundheitsdienst, ihr Fazit. „40 Stunden, das wollen wir nicht, denn das bedeutet Lohnverzicht“, rüttelt die Band *Lucky Streik* in den Refrain „Marmor, Stein und...“ Sie weiß, worum es geht. Sie kommt von der Universitätsklinik Bonn.

WETTBEWERB DER KLINIKEN

Kosten sparen bringt nichts Die Arbeitgeberforderungen unterhöheln die Einnahmebasis der Krankenhäuser

Krankenhäuser versuchen derzeit ihre Personalkosten zu reduzieren über die Löhne und Gehälter. Sie wollen sich damit im Wettbewerb Vorteile verschaffen. Auch die Arbeitszeitverlängerungen in den Landeskliniken, der Wegfall von Weibnachts- und Urlaubsgeld sollen diesem Ziel dienen. Doch billiges Personal allein schafft noch keinen Wettbewerbsvorteil. Vielmehr zwingt der Wettbewerb die Krankenhäuser, weit mehr als bisher auf die Patientenzufriedenheit und die Qualität ihrer Leistungen zu setzen.

Dies hängt mit dem neuen Abrechnungssystem nach diagnoseorientierten Fallpauschalen (DRGs) zusammen. Hier wird pauschal nach Krankheitsfall vergütet. Die entstandenen Kosten für das einzelne Krankenhaus werden nicht berücksichtigt. Insofern sind Krankenhäuser mit niedrigen Personalkosten scheinbar im Vorteil.

Doch die Einsparungen wirken sich spätestens mit einem Jahr Verzögerung negativ aus: Die geringeren Ausgaben für Personal fließen in die Kalkulation eines jährlich neu ermittelten Durchschnittswerts, der Landesbasisfallwerte (LBFW) ein. Die werden jedes Jahr zwischen Landeskrankenhausgesellschaft und den Landesverbänden der Krankenkassen auf der Basis der tatsächlich entstandenen Kosten verhandelt. Eine tarifliche Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich geht in die neue Fallpauschalen-Kalkulation ein und bewirkt deren Absenkung.

Das einzelne Krankenhaus kann sich dann nur noch einen Kostenvorteil verschaffen, wenn es die Personalkosten noch weiter drückt, also letztlich an der Qualität von Behandlung und Pflege spart. Aber das ist schlecht für die Zufriedenheit der Patienten und auf Dauer für das Krankenhaus Existenz bedrohend.



Die Streikbereitschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darf jetzt nicht nachlassen. Ich habe oft genug

unsichtliche Missstände hinweggesetzt, voller und Arbeitszeiten nach Gutsherrenart streikenden Kraft, ihre Ziele zu erreichen. die Arbeitgeber erkennen: Nur mit den ten lassen sich konstruktive Ergebnisse

-Gruppenleiterin in Stuttgart,

htlich
wir in der
Zeit einen
Woche,
weise bis
mer, und
ein muss
um Herbst

SONDERZUG



Von Bayern zur Demo nach Hannover

Einsteigen!



Weil es bei allem ersten Hintergrund noch immer Spaß macht, mit Gleichgesinnten bzw. Leidensgenossen auf Reisen zu gehen, war die Stimmung trotz des frühen Abreisetermins in den beiden Sonderzügen aus Bayern sehr gut. Eine vitaminreiche Brotzeit tat das ihrige.

Hannover empfing uns mit Tränen. Das lag wahrscheinlich an unseren Lohnzetteln ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder an der Tatsache, dass auf Station jetzt jeden zweiten Samstag umsonst gearbeitet werden muss, um die 3,5 Stunden kostenlose Mehrarbeit pro Woche zu erbringen, was selbst den Himmel zum Weinen bringt.

Nach einem kurzen Demozug empfing uns auf dem Opernplatz zeitgemäße Musik. Bei der Begrüßung konnte uns leider nicht über einen positiven Tarifabschluss berichtet werden, so dass es langsam zum Problem wird, ohne Wut an die Arbeitgebersseite zu denken. Frank Bsirske scheint es ähnlich zu gehen. Durch sein Bad in der Menge hoffen wir ihn getröstet zu haben.



BRIGITTE BINDER, KLINIKUM DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

Vor dem Bahnhof in Hannover



IMPRESSUM

EXTRA ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:
VER. DI-BUNDESVORSTAND, PAULATHIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN
POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN
TEL: 030/6956-0, FAX: 030/6956-3012
E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE

HERAUSGEBER:
FRANK BSIRSKÉ, VORSITZENDER DER VEREINIGTEN DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER. DI

REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.), CHRISTA HECHT, PETRA GROLL, CHRISTIAN JUNGBLODT, RENATE KOSSMANN, GUNTER LANGE, HERBERT WEISBROD-FREY, PETRA WELZEL

GESTALTUNG UND PRODUKTION:
BUCKENDAHLE-DESIGN, HAMBURG
DRUCK: ALPHA-PRINT-MEDIEN AG, DARMSTADT

Unser Zug zum Opernplatz



Zeitgemäße Musik auf dem Opernplatz



FOTOS: FINK (1), WINKLER (3), SCHÖNBERGER (1)

Und was Sie noch über den Streik im Öffentlichen Dienst wissen sollten, finden Sie hier:
www.streik-oed.verdi.de / www.gew.de / www.gdp.de